



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

17. hét

2019.04.23.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Der Kandidat von MSZP-P für das Oberbürgermeisteramt bekommt wegen des Skandals um die Parkgebühren Probleme:*

Das System der Parkgebühren hat im 14. Stadtbezirk von Budapest binnen drei Jahren ein Defizit von mehr als einer Milliarde Forint erwirtschaftet; verglichen mit den anderen Stadtbezirken der Hauptstadt ergeben sich hier ausgesprochen schlechte Zahlen auf der Einnahmenseite. Diese Situation dürfte die Chancen des Stadtbezirksbürgermeisters von Zugló, Gergely Karácsony, hinsichtlich eines Wechsels in das Amt des Oberbürgermeisters stark beeinträchtigen.

**Wirtschaftspolitik** – *Mit Wirkung vom 1. Juli können in 2.468 Gemeinden Gelder des Programms CSOK auf dem Lande beansprucht werden:*

Die ungarische Regierung beschloss noch am 20. Februar die Einführung eines Wohnungsbauförderprogramms auf dem Lande, das im Rahmen des Programms „Ungarische Dörfer“ zur Anwendung gelangt. Die nicht verheimlichte politische Zielstellung der Zuwendungen besteht darin, in den durch den Bevölkerungsschwund besonders schwer betroffenen Gemeinden die negativen Tendenzen zu stoppen.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Mitteleuropa rechnet mit einem Anstieg der Einwanderung:*

Es dürfte teilweise eine Folge der nicht adäquaten, die Migration falsch angehenden fachpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union sein, dass 45 Prozent der Menschen in Mitteleuropa damit rechnen, dass die Einwanderung Richtung Europa in den nächsten zehn Jahren weiter zunehmen wird. In keinem (keiner) der durch das Nézópont-Institut befragten zwölf Länder bzw. Regionen rechnen die Befragten in großer Zahl mit einem Rückgang der Einwanderung.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Selbst Regierungsgegner freuen sich über den arbeitsfreien Karfreitag:*

Gleich mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Regierungsgegner stimmen dieser Entscheidung der Orbán-Regierung aus dem Jahre 2017 zu. Das ist ein weiterer Beleg, dass Fidesz-KDNP auch über die Themenbereiche Migration und Familienpolitik hinaus mit einzelnen Maßnahmen einen parteiübergreifenden Konsens erschaffen können.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DER KANDIDAT DER MSZP-P FÜR DAS AMT DES OBERBÜRGERMEISTERS HAT WEGEN DES SKANDALS UM DIE PARKGEBÜHREN PROBLEME

**Der Bürgermeister des Stadtbezirks Zugló, Gergely Karácsony, lässt mit einer Reihe von Fehlern die eigene Kompetenz als Stadtführer vor den Wählern unglaublich erscheinen; wegen seines fehlenden Kenntnisstandes in den Skandalen um die durch den 14. Stadtbezirk erhobenen Parkgebühren dürften seine Popularitätswerte im weiteren Verlauf nochmals zurückgehen.**

In einzelnen Teilen des 14. Stadtbezirks wurden im Herbst 2017 gebührenpflichtige Parkzonen rund um das Stadtwäldchen eingeführt, nachdem laut offizieller Begründung der Stadtbezirksverwaltung „die Anwohner wegen der aus anderen Wohngebieten hier zum Parken abgestellten Autos nicht mehr oder nur noch schwer einen Parkplatz in der Nähe ihres Zuhauses finden konnten“. Über die Einführung von Parkgebühren entscheiden die Stadtbezirke autonom; in zahlreichen Gegenden von Budapest werden gebührenpflichtige Parkzonen unterhalten, die ausnahmslos Gewinne abwerfen. Aus dem Haushaltsplan der Stadtverwaltung von Zugló für das laufende Jahr geht jedoch hervor, dass man aus den gebührenpflichtigen Parkzonen weder 2017 noch 2018 Einnahmen generieren konnte, wie man auch 2019 keine Besserung erwarte. In den vergangenen zwei Jahren verursachte dieses System Defizite von 793 Millionen Forint, in diesem Jahr werden voraussichtlich 301 Millionen Forint hinzukommen. Die Verluste des ersten Jahres ließen sich durchaus durch die Anschaffung und Installation der Parkautomaten erklären. Unter Abzug dieser Kosten hätte die Bewirtschaftungsbilanz für 2017 aber bereits ein Plus von 260 Millionen Forint ausweisen müssen. Weil jedoch im Jahre 2018 die an das Betreiberkonsortium entrichteten Gebühren in die Höhe schossen, kamen auch 2018 wieder Verluste von gut 200 Millionen Forint zusammen.

Unstimmig ist des Weiteren, dass die Stadtverwaltung vor zwei Jahren eine öffentliche Auftragsvergabe zur Ausgestaltung und Bewirtschaftung eines gebührenpflichtigen Parksystems für 2+2 Jahre ausschrieb und dabei den Auftrag an ein Konsortium gab, das eine Offerte von mehr als 1 Milliarde Forint abgegeben hatte, die noch über dem vorab geschätzten Betrag lag. Gergely Karácsony konnte in seiner Eigenschaft als Stadtbezirksbürgermeister keine vernünftigen Antworten finden, warum sich die Lage in seinem Bezirk so ungünstig entwickelte. Sicher nicht unabhängig von diesem Skandal hat der Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters im Werturteil der Budapester

an Boden verloren: Laut Erhebung des Nézőpont-Instituts meint jeder vierte Sympathisant der Opposition, es wäre nicht wünschenswert, wenn der Co-Vorsitzende der Párbeszéd wichtigere politische Positionen einnehmen könnte. Gerade mal 20 Prozent der Budapester betrachten Karácsony als Führungstyp. Insgesamt würden nur 29 Prozent der Budapester Wähler ihre Stimme jenem Politiker geben, der bereits in mehreren Parteien sein Zuhause sah.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### IN 2.468 GEMEINDEN KANN AB DEM 1. JULI DIE LÄNDLICHE WOHNUNGSBAUFÖRDERUNG BEANTRAGT WERDEN

Die ungarische Regierung beschloss noch am 20. Februar die Einführung eines Wohnungsbauförderprogramms auf dem Lande, das im Rahmen des Programms „Ungarische Dörfer“ zur Anwendung gelangt. Die nicht verheimlichte politische Zielstellung der Zuwendungen besteht darin, in den durch den Bevölkerungsschwund besonders schwer betroffenen Gemeinden die negativen Tendenzen zu stoppen.

Die Zuwendungen können gleichermaßen für die Instandsetzung und Modernisierung von Wohnraum wie für den Kauf von Alt- und Neubauwohnungen verwendet werden. Im Falle eines Immobilienkaufs kann – mit Ausnahme von Neubauten – höchstens die Hälfte der Zuwendungen in Anspruch genommen werden. Letztere Klausel ist außerordentlich wichtig, weil diese Voraussetzung nach Ansicht der meisten Analysten am Markt entscheidend dazu beiträgt, die explosionsartig ansteigenden Immobilienpreise zu bremsen. Berechtigt für die Zuwendungen sind jene Bewohner von Ortschaften mit weniger als 5.000 Einwohnern, in denen im Vergleich zu den Zahlen vom 1. Januar 2003 ein im Vergleich zum landesweiten Maßstab überdurchschnittlicher Bevölkerungsschwund vorstättenging. Dabei hängt die Berechtigung nicht davon ab, ob es sich bei dem betreffenden Ort um ein Dorf oder eine Stadt handelt; maßgeblich sind vielmehr die Anzahl der Einwohner und das Ausmaß des Bevölkerungsschwundes.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem eigentlichen Wohnungsbauförderprogramm CSOK und dem speziellen ländlichen CSOK besteht darin, dass die Zuschüsse beim ländlichen CSOK auch für den Kauf von am Markt angebotenen Wohnungen bzw. Häusern verwendet werden dürfen, während beim ursprünglichen CSOK ausschließlich der Kauf von Neubauten oder aber deren Bau möglich war.

Außerdem darf nur die Hälfte der Zuwendung für den Kauf an sich ausgegeben werden, woraufhin die erworbene Immobilie aus der anderen Hälfte des Betrags erneuert werden muss. Der Betrag der Zuwendung, die angefordert werden kann und nicht zurückgezahlt werden muss, beträgt bei einem Kind 600.000 Forint, bei zwei Kindern 2,6 Millionen sowie bei mindestens drei Kindern zehn Millionen Forint. Davon können 300.000, 1,3 Millionen beziehungsweise 5 Millionen Forint für den Kauf von Wohnraum aufgewendet werden. Wer aber keine Immobilie kaufen, sondern lediglich eine vorhandene Immobilie modernisieren möchte, kann sich um diese Maximalbeträge bewerben. Die Zahl der betroffenen Dörfer weicht von Komitat zu Komitat ab: Die meisten berechtigten Ortschaften finden sich in Borsod-Abaúj-Zemplén (329), in Zala (225) und in Somogy (221). Diese Maßnahmen werden die Eckdaten des Haushaltsplans nicht beeinflussen, nachdem der Stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Mihály Varga noch 2018 wiederholt darauf aufmerksam machte, man habe sich im Zuge der Haushaltsplanung bei der Zusammenstellung der einzelnen Haushaltskapitel auf die Integrierung der für die Schaffung von Wohnraum für die Familien benötigten Mittel konzentriert.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### MITTELEUROPA RECHNET MIT WACHSENDER EINWANDERUNG

**Es dürfte teilweise eine Folge der nicht adäquaten, die Migration falsch angehenden fachpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union sein, dass 45 Prozent der Menschen in Mitteleuropa damit rechnen, dass die Einwanderung Richtung Europa in den nächsten zehn Jahren weiter zunehmen wird.**

Die überwiegende Mehrheit der politischen Analysen hinsichtlich der Wahlen zum Europaparlament rechnet für die Wahlen vom 23. bis zum 26. Mai mit einem speziellen Abstimmungsverhalten. Die Ursache dafür wird darin gesehen, dass in allen Mitgliedstaaten ein herausragendes Thema, namentlich die Frage der Migration und der illegalen Einwanderung, alle anderen überragt. Wie relevant dieses Thema ist, zeigt auch die Meinungsforschung des Nézópont-Instituts in zwölf Ländern beziehungsweise Regionen Mitteleuropas. Wenngleich die Wanderungsströme gemessen an der Flüchtlingswelle von 2015 in den vergangenen zwölf Monaten eher zurückgingen, geht eine bedeutende Mehrheit der Wähler in Mitteleuropa für die kommenden zehn Jahre von einer entgegengesetzten Entwicklung aus. Gleich 45 Prozent der Befragten meinten, dass sich das Volumen

der Einwanderung im nächsten Jahrzehnt noch steigern wird, während 32 Prozent mit stagnierenden Zahlen rechnen. In absoluten Zahlen ausgedrückt gehen 51 Millionen Wähler der Region Mitteleuropas davon aus, dass sich der Einwanderungsstrom in die Europäische Union im nächsten Jahrzehnt verstärken wird. Diese Prognose der Bürger wird durch jene Zahlenangabe untermauert, wonach die europäische Grenz- und Küstenwache Frontex einen Anstieg der auf der Balkanroute registrierten Menschen um 80 Prozent zum gleichen Vorjahreszeitraum ausgewiesen hat. So muss es wenig verwundern, dass am ehesten die Bewohner der Länder längs der am stärksten frequentierten Migrationsrouten mit einem Wachstum rechnen: In Serbien glauben 63 Prozent, in Kroatien 59 Prozent der Befragten, dass der Migrationsdruck zunehmen wird.

In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt dies, dass von den im Großen und Ganzen 112 Millionen Wählern Mitteleuropas 88 Millionen davon ausgehen, dass die Migrationsströme in die Europäische Union weiter zunehmen oder zumindest stagnieren werden. Neben den Serben und den Kroaten zeigten sich auch 55 Prozent der Polen überzeugt davon, dass noch mehr Menschen zuwandern wollen. In Ungarn rechnen fünf von zehn Befragten mit einer zunehmend kritischen Migrationslage. Am wenigsten, aber immer noch mit rund einem Drittel vertreten diesen Standpunkt die Einwohner Ostdeutschlands (31 Prozent), Bayerns (32 Prozent), Bulgariens (33 Prozent) und Rumäniens (35 Prozent). Es ist bezeichnend, dass selbst in Tschechien, das in dieser Frage den geringsten Pessimismus zeigt, auch nur 25 Prozent der Befragten glaubten, die Migration werde ihren Ausmaßen nach in Zukunft abnehmen.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### ÜBER DEN ARBEITSFREIEN KARFREITAG FREUEN SICH SELBST DIE REGIERUNGSGEGNER

Das Nézópont-Institut untersuchte im Rahmen einer Online-Panelforschung mit 500 Teilnehmern die gesellschaftliche Beurteilung des durch das Parlament noch 2017 zum arbeitsfreien Tag erklärten Karfreitags. Wie damals im Parlament hat sich anschließend auch in der ungarischen Gesellschaft ein Konsens in Verbindung mit der Beurteilung dieser Maßnahme herausgebildet: Es freuen sich nämlich gleich 86 Prozent der Befragten, dass der Karfreitag zum arbeitsfreien Tag wurde, und nur 8 Prozent freut dies nicht. Selbst mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Regierungsgegner freuen sich über diese Entscheidung der Orbán-Regierung aus dem Jahre 2017. Das belegt zugleich, dass Fidesz-KDNP auch

über die Themenbereiche Migration und Familienpolitik hinaus mit einzelnen Maßnahmen einen parteiübergreifenden Konsens erschaffen können. Die Hälfte der Befragten (51 Prozent) wusste, dass der Karfreitag bereits vor einigen Jahren zum arbeitsfreien Tag erklärt wurde, während ein Drittel der Menschen (31 Prozent) glaubt, dass der Freitag vor Ostern in diesem Jahr erstmals als Feiertag begangen wird. Eine Mehrheit der Ungarn bringt die Umwandlung des Karfreitags zum arbeitsfreien Tag als Maßnahme mit der Orbán-Regierung in Verbindung; gerade einmal 5 Prozent der Befragten meinten, diese Maßnahme hätte bereits eine frühere Regierung eingeführt.

## SELENSKYJ WIRD DER NEUE PRÄSIDENT DER UKRAINE

Bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 62 Prozent konnte Wolodymyr Selenskyj die Stichwahl des zweiten Wahlgangs bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine sehr deutlich mit 73 Prozent gegen den Amtsinhaber Petro Poroschenko gewinnen. Im ersten Wahlgang hatte kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, aber bereits da konnte Selenskyj nahezu doppelt so viele Stimmen wie der amtierende Präsident auf sich vereinen. Der Ausgang der Wahlen war auch aus dem Gesichtspunkt der Interessenvertretung der ungarischen Minderheit Transkarpatiens von außerordentlicher Relevanz. Selbst wenn Poroschenko im Finale des Wahlkampfes nach der ersten Runde wiederholt Botschaften formulierte, er wolle die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn wiederherstellen, standen die Chancen für eine solche Entwicklung ausgehend von seiner früheren Politik eher schlecht. Selenskyj konnte mit seiner gegen die Oligarchen gerichteten Kampagne die mit der ukrainischen politischen Elite unzufriedene Jugend ansprechen und mobilisieren. Zwei Tage vor der Stichwahl kam es im Olympiastadion von Kiew zum Rededuell der beiden verbliebenen Kandidaten, bei dem Poroschenko offenbar die unentschiedenen Wähler nicht von sich überzeugen konnte.

## PROGNOSE

- Am Donnerstag dieser Woche kommt es zu einem weiteren internationalen Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Japan. Unter Berücksichtigung des Gipfels EU-China vor zwei Wochen ist gut zu erkennen, dass die durch Ungarns Regierung favorisierte Politik der Ostöffnung auch auf Gemeinschaftsebene Geltung erlangen kann.

Nachdem die Vereinbarung einer Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und Japan am 1. Februar 2019 in Kraft trat – in deren Ergebnis eine der größten Freihandelszonen zustande kommt –, werden beim anstehenden Gipfeltreffen erneut hauptsächlich Handels- und strategische Fragen in den Vordergrund rücken. Zugleich bietet der Gipfel Gelegenheit, den Ende Juni in Osaka anstehenden G20-Gipfel vorzubereiten. Japan ist der zweitgrößte Handelspartner der Europäischen Union in Asien.